

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 06.10.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Herr Thomas Felke	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertreterin für Herrn Dr. med. Detlef Wend
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Sabine Wolff für Halle	MitBÜRGER	Vertreterin für Herrn Denis Häder
Frau Elisabeth Krausbeck 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS	
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Karl-Heinz Gärtner	SKE	
Herr Matthias Havranek	SKE	
Herr Thomas Hoffmann	SKE	
Herr Volker Preibisch	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Vertreterin: Frau Hanna Haupt
Herr Wolfgang Matschke	SKE	
Herr Denis Häder für Halle	MitBÜRGER	Vertreterin: Frau Sabine Wolff

Verwaltung:

Herr Hans-Joachim Kloppe
Frau Beate Naumann
Frau Sybille Brünler-Süßner
Frau Annett Groß
Herr Lothar Weitzmann

Gäste

Herr Egbert Geier
Herr Bernd Bielecke
Herr Norbert Böhnke
Frau Annerose Winter
Frau Christine Gruß
Frau Dorit Schmidt
Herr Renè Simeonow
Frau Brigitte Löbel

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816
 - 4.2. Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2010/09152
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
 - 6.1 Mitteilung des Termins der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
 - 6.2 Mitteilung zur seinerzeitigen Anfrage des Stadtrates Wehrich
 - 6.3 Mitteilung zur Stellungnahme zum Prüfbericht der überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“ Vorlage: V/2010/08904
 - 6.4 Mitteilung zur Informationsvorlage vom 11.05.2010 – V/2010/08913 – Stellungnahme zum Prüfbericht der Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2009
 - 6.5 Mitteilung der Termine für die geplanten Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses im Jahr 2011
 - 6.6 Mitteilung zur Restrukturierung und Neuausrichtung ZGM Vorlage: V/2010/09149
Bericht zum aktuellen Sachstand Restrukturierung und Neuausrichtung des Eigenbetriebes ZGM der Stadt Halle (Saale)
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
8. Anregungen
9. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM
Vorlage: V/2010/08709

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Elisabeth Nagel, eröffnete und leitete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bestätigten die Tagesordnung einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja- Stimmen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Auf Nachfrage von Frau Nagel gab es keine Ergänzungen zur Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2010.

Die Niederschrift wurde mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja- Stimmen
 3 Enthaltungen**

Herr Bauersfeld kommt 17:30 Uhr.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO Vorlage: V/2010/08816

In der Ausschusssitzung am 02.06.2010 wurde die Stellungnahme in der vorliegenden Form nicht akzeptiert. Es wurde festgelegt, eine aktualisierte Stellungnahme in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.09.2010 noch einmal zu beraten. Diese Sitzung wurde abgesetzt und die Beratung musste auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Der Antrag auf Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahme vom Landesverwaltungsamt durch Herrn Beigeordneten Geier wurde den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses vor der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

Die Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02. März 2010 und die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) waren von den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses mitzubringen.

Die mit der Einladung zur Rechnungsprüfungsausschuss-Sitzung übersandte, überarbeitete Stellungnahme der Verwaltung zur Mitteilung des Landesrechnungshofes stand zur Diskussion.

In Anbetracht der von Herrn Julich aktuell versandten Unterlagen zur Problematik bat Herr Kley um eine zusammenfassende Darstellung der bisherigen Abläufe.

Herr Kloppe gab daraufhin einen kurzen Abriss und verwies auf die regelmäßige, gewissenhafte Behandlung der Problematik im Rechnungsprüfungsausschuss in den vergangenen Jahren – einschließlich der Einschaltung der Staatsanwaltschaft.

Dabei verwies er auf die z.T. andere – überregionale – Herangehensweise des LRH an die Thematik. Seitens der Rechnungsprüfung wird nunmehr kein Behandlungsbedarf mehr gesehen.

Es steht nunmehr dringend an, Schlussfolgerungen für ein ordnungsmäßiges Verwaltungshandeln aus der Angelegenheit zu ziehen.

Frau Nagel bat um eine Darstellung dieser Schlussfolgerungen.

Herr Böhnke erwähnte in diesem Zusammenhang insbesondere geführte Personalgespräche und den grundsätzlich neu organisierten Umgang im Amt mit Fördermitteln. Frau Winter ergänzte die Ausführungen und stellte heraus, dass nunmehr bei Förderprojekten, welche von mehreren Fördermittelgebern Unterstützung erhalten, die grundsätzliche Bearbeitung der Verwendungsnachweisführung in eine Hand gelegt wird. Sie verwies des Weiteren auf neu gefasste interne Festlegungen zur Abarbeitung von Vorgängen.

Herr Büchner bemerkte zur Stellungnahme der Verwaltung, dass er sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass hiermit die Feststellungen des Landesrechnungshofes „unter den Teppich gekehrt“ werden sollen.

Unklarheiten bezüglich der Darstellung in der Stellungnahme der Verwaltung und der als Tischvorlage ausgereichten Übersicht über Schulden von Vereinen gegenüber der Stadt – Vorlage vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vom 15.06.2010 Halle – konnten im Rahmen der Diskussion nicht vollständig ausgeräumt werden.

Daraufhin stellte Herr Kley den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung und Neuberatung des TOP bei der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Um eine kompetente Beantwortung der offenen Fragen wurde gebeten.

Dem Antrag wurde wie folgt zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja- Stimmen**
 1 Nein- Stimme
 2 Enthaltungen

zu 4.2 Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin **Vorlage: V/2010/09152**

Den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses wurden mit der Einladung die Beschlussvorlage, der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2009 vom 31.08.2010 und die Stellungnahme der Stadtverwaltung (Halle (Saale)) vom 21.09.2010 am 20.09. bzw. 22.09.2010 zur Verfügung gestellt. Ein Austauschblatt wurde vor Beginn der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt.

Die Möglichkeit, weitergehende Fragestellungen bereits im Vorfeld an die Rechnungsprüfung heranzutragen, war von den Ausschussmitgliedern nicht wahrgenommen worden.

Eingangs bemerkte Herr Knöchel, dass er die Darstellung dieses Jahr für wenig geeignet hält.

Herr Kloppe erläuterte, dass mit der Darstellungsweise eine Verdichtung versucht und damit eine Arbeitshilfe beabsichtigt war, was sich auch für die Stellungnahme der Stadtverwaltung als vorteilhaft erwiesen hat.

Er wies auf die Einarbeitung von Prüfbemerkungen (im folgenden Text mit PB bezeichnet) und Prüffeststellungen (im folgenden Text mit PF bezeichnet).

Frau Nagel eröffnete die Diskussion und verwies darauf, dass zur Beantwortung von Fragen im Rahmen der Erörterung der Dokumente Herr Beigeordneter Geier und Frau Gruß, Amt für Finanzservice, zur Sitzung eingeladen wurden.

PF 1, Seite 11 – Stadt der Implementierung des NKHR in der Stadtverwaltung Halle (Saale)/PF 2 S.11 – Stand der Umsetzung und Inanspruchnahme der Kosten- und Leistungsrechnung in der Stadt Halle (Saale)

Herr Kley fragte nach, wie das NKHR eingeführt wird.

Herr Geier führte aus, dass der Haushalt 2012 zum Ende des Jahres 2011 in doppischer Form vorliegen werde.

Frau Nagel fragte nach, wann mit dem Gutachten zu rechnen sei.

Herr Kloppe informierte, dass der Entwurf des seit Wochen erwarteten Gutachtens heute eingegangen sei.

Herr Felke fragte nach der Notwendigkeit des Gutachtens und bemerkte, dass andere Gemeinden schneller seien.

Herr Geier erläuterte, dass u. a. die Themen Vermögenserfassung, beispielsweise bei der HAVAG, und leer stehende Gebäude problembehaftet seien.

Er merkte an, dass andere Gemeinden nur deshalb schneller seien, weil Aufgaben, wie die Vermögenserfassung und -bewertung nicht in Ordnung und die Sonderaufgaben nicht erledigt seien. Halle gehe von Anfang an einen anderen Weg und stütze sich auf GIS und computergestützte Verfahren, um bestimmte Daten sofort abrufen zu können, was sehr aufwändig wäre. Er verwies auf die Ausführungen von Frau Hermann vom Liegenschaftsamt.

Herr Kley wollte wissen, wie hoch die Kosten des Gutachtens sein werden.

Herr Geier bezifferte diese mit „10.000 €“.

PF 3, S. 15 – 3.1 Jahresrechnung

Herr Kley stellte fest, dass bezüglich des Nachtragshaushaltes die Zahlen zu erläutern wären.

Herr Knöchel bemerkte, dass die Stellungnahme nicht nachvollziehbar sei, da auf Seite 5 und 424 die Zahlen nicht gefunden werden können.

Frau Gruß bestätigte das und erklärte, dass mit der SAP-Einführung die Darstellung der Kassenreste in der Jahresrechnung nicht möglich und eine Überleitungsrechnung notwendig sei. Das Problem werde aber mit Einführung der Doppik gelöst sein.

Herr Knöchel bat darum, die Überleitungsrechnung zur Verfügung zu stellen, was Frau Gruß zusicherte.

Frau Nagel fragte nach, wann das möglich wäre, worauf Frau Gruß antwortete, dass das schnellstens erledigt würde.

Um 17:50 Uhr verlässt der Vertreter des „Halle Forum“ die Sitzung.

PF 4, S. 18/19 – Rechenschaftsbericht

Herr Preibisch wollte wissen, was das RPA mit „ausreichend“ meint.

Herr Kloppe erläuterte darauf hin die Aufgabe des Rechenschaftsberichtes.

Herr Kley und Herr Knöchel bemerkten, dass die mangelnde Transparenz wiederholt gerügt wurde und sich nichts ändert, sondern jedes Jahr auf die Doppik verwiesen werde.

Frau Wolff fragte zur Prüfbemerkung 3, weshalb zur Ergebnisverprobung nichts gesagt wurde.

Herr Geier verwies auf 3.1, was von Herrn Kloppe bestätigt wurde.

PF 5, S. 20/21, – Über- und außerplanmäßig genehmigte Haushaltsüberschreitungen

Herr Hildebrand und Herr Havranek bemerkten, dass das so nicht weitergehen könne, da diese Feststellungen wiederholt getroffen wurden.

Herr Hildebrand erklärte, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht ausreichend sei und forderte eine konkrete Erläuterung, welche Maßnahmen ergriffen werden.

Herr Geier merkte dazu an, inhaltlich und sachlich sei das Fachamt verantwortlich

Frau Gruß sicherte zukünftig eine Aufbereitung im Rechenschaftsbericht zu.

Herr Kloppe erläuterte noch einmal die Notwendigkeit des Zweckbindungsvermerkes für Fördermittel.

Auf Nachfrage von Frau Nagel, wie die Forderung umgesetzt werden solle, erklärte Herr Geier, das für die Zukunft zu beachten zu wollen.

Herr Büchner fragte nach der Höhe der Überschreitungen, was Herr Geier beantwortete.

PF 6, S. 25, 3.7 – Kasseneinnahmereste

Herr Knöchel fragte nach, wo vor dem Systemwechsel die Kassenkredite ausgewiesen wurden.

Herr Kloppe merkte an, dass Kassenkredite immer im SHV auszuweisen wären.

Herr Knöchel erklärte, dass seine Fraktion zu 3. 7 einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt hat.

PF 7, S. 25, 3.8 – Kassenausgabereste

Frau Wolff fragte an, weshalb die Kassenausgabereste nicht abgebaut wurden. Sie erklärte, dass der Verweis auf 3.1 nicht aussagekräftig sei und forderte zu 3.9 und 3.10 eine ausführliche Erläuterung.

Herr Geier sagte zu, die Stellungnahme zu konkretisieren.

PF 9, S. 27/28 – Haushaltsreste

Frau Wolff forderte die Konkretisierung und Vervollständigung der Stellungnahme der Stadtverwaltung.

PF 10, S. 38 – Personalausgaben – Stellenplanverfügungen des Landesverwaltungsamtes

Herr Havranek bat um nähere Erläuterung des Sachverhaltes.

Herr Kloppe erklärte, keine Schreiben vom Regierungspräsidium bekommen zu haben. Erst auf Nachfrage wären ihm von der Verwaltung Unterlagen zur Verfügung gestellt worden.

Herr Geier informierte, das Landesverwaltungsamt habe die Stellenpläne seit 2006 nicht mehr im Detail geprüft, deshalb hätte man auf eine Untersuchung ab 2006 verzichtet.

Herr Bauersfeld und Herr Havranek wollten daraufhin wissen, ob der Stellenplan nicht mehr betrachtet werde.

Herr Geier informierte, dass dieser im Finanzausschuss erläutert werde. Das LVA habe den Stellenplan nicht bemängelt und deshalb habe es keine Information an das RPA gegeben.

Herr Preibisch merkte an, dass zum Plan Stellenabbau der Stadtverwaltung in Tabelle 6 die Summe falsch sei.

Frau Nagel informierte über eine separate Sitzung zu diesem Thema im Finanzausschuss.

PB 8, S. 39 – Gesundheitsmanagement in der Stadt Halle (Saale)

Herr Hildebrand, Herr Preibisch Frau Wolff, Herr Geier, Herr Kley und Herr Kloppe diskutierten über die Effizienz des Gesundheitsmanagements.

Herr Geier erläuterte dessen Bedeutung – insbesondere bezüglich der Rückschlüsse, beispielsweise auf das Arbeitsklima, welche aus den Ergebnissen gezogen werden könnten und die damit verbundenen Möglichkeiten, schnell zu reagieren.

Herr Kley wies auf eine falsche Formulierung auf Seite 40 bezüglich der rauchfreien Zonen hin.

Herr Geier sagte zu, die Formulierung zu ändern.

PB 14, S.44 – Zahlungen von Verpflegungsgeld an Zivildienstleistende

Frau Nagel stellte fest, dass es zum Fehlen der zahlungsbegründenden Unterlagen keine Stellungnahme der Stadtverwaltung gäbe und fragte, wie zukünftig verfahren werden solle.

Herr Geier sicherte für die Zukunft die Vollständigkeit der Unterlagen zu.

PB 15, S. 44 – Führen mit Zielvereinbarungen in der Stadt Halle (Saale)

Herr Preibisch fragte, ob mit den Finanzziele die Budgets gemeint seien, was Herr Kloppe bejahte.

PF 11, S. 49 – SHV

Frau Wolff fragte, wann die sachlichen Begründungen der Rechnungsprüfung zur Verfügung gestellt würden.

Frau Gruß antwortete, die Rückmeldefrist in den Ämtern wäre abgelaufen, man sei an dem Thema dran aber der Termin noch unklar.

Herr Bauersfeld forderte eine Änderung der Verfahrensweise und fragte, wie das Problem behoben werden solle.

Frau Gruß äußerte, dass zukünftig die Einarbeitung der Erläuterungen zu den Vorschuss- und Verwahrgeldern in den Jahresabschluss erfolgen solle.

Frau Nagel forderte eine Konkretisierung der Stellungnahme.

Frau Gruß sagte dies zu.

Herr Knöchel informierte, dass seine Fraktion einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt habe.

PB 19, S. 53 - Haushaltskonsolidierung

Frau Krausbeck fragte nach, was die Tabelle darstelle.

Herr Geier erklärte, er könne es nur vermuten, aber nicht erklären.

Auf Anfrage von Frau Krausbeck sicherte Frau Gruß zu, die Tabelle der BMA mit Stand November 2009 mit der aktualisierten Vorlage des Finanzausschusses vom Juni 2010 abzugleichen.

PB 22, S. 55 – Eigenbetrieb Arbeitsförderung

Herr Knöchel fragte, ob dem RPA das Ergebnis der Prüfung vorliege, was Herr Kloppe bejahte.

PB 23, S. 56 – Jahresabschluss Eigenbetrieb ZGM

Herr Preibisch und Herr Bauersfeld stellten die Feststellungen im Schlussbericht zu den geringen Serviceentgelten sowie die nicht durch die Eigenbetriebssatzung gedeckten, aber durch das ZGM erbrachten Nebentätigkeiten heraus und kritisierten, dass diesbezüglich noch immer keine Abhilfe geschaffen wurde.

Herr Bielecke nahm dazu Stellung und informierte, dass Änderungen vorgenommen wurden, die in den Ausschüssen und im Stadtrat noch beschlossen werden müssten.

PF 16, S. 61 – Abrechnung von Leistungen nach SGB II

Herr Knöchel forderte zu dem Sachverhalt der Haushaltsüberschreitung in Höhe von 1,6 Mio. Euro eine ausführliche, sachliche Stellungnahme des zuständigen Fachamtes/Dezernates. Herr Kley forderte das ebenso.

Frau Nagel fragte, wann die Überschreitung absehbar war.

Herr Felke forderte eine konsequente Überprüfung der Betriebskostenabrechnungen.

Herr Geier wird sich der Sache bis zum nächsten Ausschuss annehmen.

PF 17, S. 63 – Realisierung von Kasseneinnahmeresten

Herr Büchner übte Kritik an der Verfahrensweise in Bezug auf den Verzicht der Erhebung von Zinsen.

Herr Knöchel forderte insbesondere seitens des Fachbereiches eine sachliche Darstellung des Ablaufes der Angelegenheit.

Insgesamt wurde die Stellungnahme für nicht ausreichend befunden und es wird eine entsprechende Ergänzung – insbesondere zur Zinspolitik – erwartet.

PF 18 , S. 63 – Hilfen zur Erziehung

Die Stellungnahme zu den Feststellungen im Schlussbericht hinsichtlich der Haushaltsüberschreitung in Höhe von 1,6 Mio. Euro, der Rechnungsabgrenzung sowie der Zahlung von Verzugs- und Verspätungszinsen wurde von den Ausschussmitgliedern Frau Wolff, Frau Nagel, Herrn Kley und Herrn Knöchel als unzureichend zurückgewiesen.

Eine sachliche und kompetente Stellungnahme wird erwartet.

PB 26, S. 65 – Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Herr Preibisch erkundigte sich nach Vergleichszahlen hinsichtlich der Darstellung im Schlussbericht, wonach die Einnahmen von den Unterhaltsschuldnern weit hinter den Ausgaben zurück bleiben und regelmäßig bei 12 bis 14 % liegen.

Das Vorliegen von bundesweiten Vergleichszahlen wurde von Herrn Kloppe bejaht, eine konkrete Auskunft könne aber spontan nicht gegeben werden.

PB 28, S. 67 – Baucontrolling im Straßen- und Tiefbauamt

Frau Wolff und Herr Felke bemängelten, dass es zu den Bemerkungen keine Reaktion der Verwaltung gab.

Herr Kloppe nannte Optimierungsbedarf u. a. hinsichtlich des Problems der Nachaufträge – insbesondere einer rechtzeitigen Gegensteuerung.

PB 29, S. 67 – Umsetzung des Konjunkturpaketes II

Frau Krausbeck fragte nach, ob konkrete Vorgänge genannt werden können.

Herr Kloppe entgegnete, dass momentan die Auswertung noch nicht ergiebig sei.

Frau Wolff forderte eine Reaktion der Verwaltung.

PF 20, S. 68 – Beschaffung von Kraftfahrzeugen und Kastenwagen für den städtischen Fuhrpark

Frau Wolff wollte wissen, weshalb das Konzept im Stadtrat nicht diskutiert wurde.

Herr Bielecke informierte, dass das Fuhrpark-Konzept im Betriebsausschuss erläutert wurde.

Auf die Frage von Frau Nagel, ob das Fuhrpark-Konzept dem RPA vorlag, antwortete Herr Kloppe, dass dieses vom Eigenbetrieb ZGM erarbeitet wurde aber dem RPA nicht bekannt sei.

PF 22, S. 71 – PPP-Projekte der Stadt Halle (Saale)

Im Verlaufe der Diskussion debattierten Herr Bauersfeld, Herr Felke, Herr Häder, Herr Kley, Herr Knöchel, Frau Krausbeck und Herr Geier Grundsatzfragen zu PPP, wie z. B. ob die Entscheidung für PPP richtig war, Differenzen zwischen Vertrag und Zahlung, stetige Erhöhung der Nebenkosten etc..

Frau Nagel interessierte sich dafür, wie die Verwaltung die guten Erfahrungen aus PPP („bemerkenswerte Zahlungsanpassungen“) auch in anderen Bereichen nutzt bzw. ob sie das überhaupt tut.

Herr Geier verteidigte noch einmal umfangreich PPP und wies wiederholt darauf hin, dass es keine Alternativen gegeben habe.

Im Ergebnis wurde die Verwaltung aufgefordert die Stellungnahme um eine Aufstellung über die laufenden Bewirtschaftungskosten der Schulen zu ergänzen.

PF 23, S. 71 – Straßenausbaubeiträge

Herr Kley und Frau Wolff forderten eine ordnungsgemäße und vollständige Stellungnahme von der Verwaltung.

Herr Geier sicherte diese zu.

PF 24, S. 72 – Prüfung der Stadtkasse

Frau Wolff fragte nach, wann das Schlüsselverzeichnis vorliegen wird.

Frau Gruß sicherte eine umgehende Erledigung zu.

PF 25, S. 73 – Ergebnisse der jährlichen Prüfung der Bareinnahmen und –ausgaben in Einnahmekassen bzw. Handvorschüssen und Prozessoptimierung

Frau Wolff fragte, wann mit der Überarbeitung zu rechnen sei.

Herr Geier avisierte Dezember 2010.

PF 26, S. 74 – Ergebnisse der Prüfung der Vergaben nach VOL, VOB und VOF

Frau Nagel und Frau Wolff erkundigten sich nach dem Termin der Fertigstellung des Vergabeberichtes.

Herr Geier sicherte diesen für die nächste Ausschuss-Sitzung zu.

PF 27, S. 77 – Nachweis der sachgemäßen Verwendung ausgereicher kommunaler Fördermittel durch die Stadt Halle (Saale)

Frau Wolff fragte nach, ob es einen Zwischenstand gäbe. Herr Geier bejahte das und versprach, über den aktuellen Bearbeitungsstand in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu berichten.

PF 28, S. 78 – Rückzahlungen von Fördermitteln

Herr Kley und Frau Nagel bemängelten die Stellungnahme auch hinsichtlich der Formulierung.

Herr Geier sicherte eine ordnungsgemäße und sachliche Begründung zu.

PF 29, S. 83 – Spenden und Sponsoring – der Umgang mit Zuwendungen auf der kommunalen Ebene

Frau Krausbeck fragte nach, ob das Rechnungsprüfungsamt neben der Mitteilung der Summe von durch Sponsoring eingeworbenen Mitteln eine Mitteilung der Namen der jeweiligen Sponsoren durch die Stadt Halle für notwendig hält.

Herr Kloppe bejahte das und erläuterte die Verfahrensweise.

PF 30, S. 85 – Beauftragte Gutachten der Stadtverwaltung Halle (Saale) im Haushaltsjahr 2009

Herr Kley hinterfragte, weshalb die Leitlinien bisher nicht beachtet worden sind.

Herr Geier entgegnete, dass das in der Verantwortung der jeweiligen Amtsleiter läge.

Herr Kley erkundigte sich über die momentane Vorgehensweise der Stadt bei der Beauftragung von Gutachten.

Herr Geier sicherte die Erläuterung zu.

PB 42, S. 86 – Pflege internationaler Beziehungen und Netzwerkbildungen zum Nutzen des Gemeinwesens der Stadt Halle (Saale)

Frau Wolff unterstützte die Feststellung der Rechnungsprüfung.

PF 34, S. 89 – Multimediazentrum Halle GmbH

Herr Hildebrand fragte nach dem Grund der Zahlung in Höhe von 20.000 Euro ohne zahlungsbegründende Unterlage.

Herr Geier äußerte die Vermutung, dass es erstmalig eine Betriebskostenabrechnung gegeben habe, und die betroffenen Mieter mit der Höhe nicht gerechnet hätten, so dass man mit der Zahlung die Situation der Mieter hätte entschärfen wollen. Zuständig seien aber Herr Pohlack und Herr Neumann.

Herr Kley forderte eine Kopie der AAO zur nächsten Sitzung an.

Im Anschluss an die Diskussion zum Schlussbericht bat Herr Knöchel um eine weitere Erläuterung zu den im Rechenschaftsbericht dargestellten wesentlichen Abweichungen bezüglich der 4,9 Mio. Zuschüsse für Kita-Betreuung an freie Träger und den Eigenbetrieb Kita. Er verwies auf S. 216 Band 1 der Jahresrechnung.

Frau Krausbeck fragte nach, weshalb die Jahresrechnung noch nicht in Session eingestellt wäre.

Frau Löbel verwies auf ein technisches Problem.

Da weiterer Diskussionsbedarf besteht, unterbreitete Frau Nagel den Vorschlag, die Beschlussempfehlung an den Stadtrat auf die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu vertagen.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Stadträten.

zu 6 Mitteilungen

6.1 Den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses wurde der Termin der außerordentlichen Sitzung am 13.10.2010, um 17:00 Uhr, Raum 105 – 107 im Rathaus vorgeschlagen.

Als Termin wurde jedoch die geplante Sitzung am 03.11.2010 gewählt.

6.2 Die seinerzeitige Anfrage des Stadtrates Wehrich bezüglich eines Vergabeverfahrens aus dem Jahr 2008 der regionalen Planungsgemeinschaft Halle (Saale) wurde bei der Prüfung der Jahresrechnung 2008 durch das Rechnungsprüfungsamt des Saalekreises berücksichtigt.

Der Prüfbericht wurde durch die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes des Saalekreises – Frau Schneider – zur Verfügung gestellt. Ein Auszug hinsichtlich der Vergabepflichten, wurde den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses vor Beginn der Sitzung zur Kenntnis gegeben. Herr Kloppe machte dazu noch abschließende Ausführungen.

**6.3 Stellungnahme zum Prüfbericht der überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“ vom 28.9.2009
Vorlage: V/2010/08904**

Im Verlauf der Diskussion in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 02.06.2010 bat Herr Häder um Korrektur einzelner Passagen der Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Diese Korrektur ist erfolgt. Die entsprechenden Unterlagen (1 Anschreiben, 1 Ergänzungsblatt und Austauschblätter) wurden den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses vor Beginn der Sitzung zur Verfügung gestellt.

6.4 Informationsvorlage vom 11.05.2010 – V/2010/08913 – Stellungnahme zum Prüfbericht der Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2009

Im Verlauf der Sitzung am 02.06.2010 bat Frau Krausbeck um eine schriftliche Darstellung, welche Bestände zum 31.12.2008, 30.06.2008 und 31.12.2009 in den Fraktionen zu verzeichnen waren und welche Rückzahlungen noch ausstehen.

Die entsprechenden Unterlagen wurden den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses vor Beginn der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Die im Verlauf der Sitzung am 02.06.2010 zur Kenntnisnahme übergebene Kurzfassung des Berichtes und der Stellungnahme der Stadtverwaltung wurde vervielfältigt und zu Beginn der heutigen Sitzung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Krausbeck nahm die Antwort zur Kenntnis, merkte aber an, dass sie, da sie darauf im Moment nicht vorbereitet war, in einer späteren Sitzung dazu noch einmal Fragen stellen würde.

6.5 Den Ausschussmitgliedern werden die Termine für die geplanten Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses im Jahr 2011 zur Kenntnis gegeben.

6.6 Restrukturierung und Neuausrichtung ZGM Vorlage: V/2010/09149 – Bericht zum aktuellen Sachstand Restrukturierung und Neuausrichtung des Eigenbetriebes ZGM der Stadt Halle (Saale)

Herr Bielecke erläuterte den Bericht umfassend. Er merkte an, dass eine Ausgliederung der Gebäude vorgenommen und einige Aufgabengruppen ausgegliedert wurden. Von der Ausgliederung sind 46 Personen betroffen, wodurch eine Minderung der Ausgaben um ca. 2 Millionen € eingetreten ist. Wenn Interesse besteht, könne eine Liste der Ausgliederungen bei ihm angefordert werden.

Weiterhin informierte er darüber, dass die Satzung überarbeitet aber noch nicht beschlossen wurde.

Herr Büchner fragte an, das der Eigenbetrieb ZGM erstmals einen Jahresüberschuss von 675 Euro erzielt habe, aber ob es denn einen Sinn mache, da die gezahlten Zuschüsse dazu in keinem Verhältnis stehen.

Herr Bielecke stellte klar, dass es sich hierbei um keine Betriebskostenzuschüsse sondern um Investitionszuschüsse handelt.

zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Felke fragte nach dem Stand der in der letzten Rechnungsprüfungsausschuss-Sitzung von Herrn Kloppe angekündigten „Prüfung der Gewährung/Verwendung von Zuwendungen der Programme für die Städtebau- und Wohnungsbauförderung, Einzelplan 14, Kapitel 14 07, 14 08 und 14 10 bei der Stadt Halle/Saale und bei der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH der Haushaltsjahre 1995 bis 2010 sowie der Einhaltung der Zweckbindungsfristen bei Zuwendungen“ durch den Landesrechnungshof.

Herr Kloppe erklärte er habe keine Kenntnis, würde aber im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss darüber informieren.

zu 8 Anregungen

Herr Bauersfeld regte an, Anträge von Stadträten künftig in der Tagesordnung weiter vorn aufzunehmen.

zu 9 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM Vorlage: V/2010/08709

Herr Bauersfeld erörterte die Anfrage und fordert eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.

Herr Kloppe entgegnete, dass adäquate Unterlagen zur Prüfung notwendig und die vorhandenen Unterlagen nicht prüfbar sind.

Herr Knöchel merkte an, dass die Betriebskostenabrechnungen undurchsichtig sind und fragt an, welche Stelle in der Stadtverwaltung diesbezüglich anzusprechen ist.

Frau Haupt regte an, die Problematik im Eigenbetriebsausschuss anzusprechen.

Herr Bielecke stellte fest, dass die Kosten im entsprechenden UA dargestellt sind.

Herr Gärtner bemerkte, dass er das Problem von Herrn Bauersfeld verstehe, da die Unterlagen nicht transparent aufgearbeitet seien, worauf Herr Bielecke klarstellte, dass die Kosten im Eigenbetrieb ZGM nur abgebildet und nicht erzeugt werden.

Frau Nagel bat daraufhin um Abstimmung, ob dem Antrag von Herrn Bauersfeld entsprochen und das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung beauftragt werden soll.

Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
3 Nein- Stimmen**

**Zu den Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung gab es keinen Beratungsbedarf.
Es wurde demzufolge keine gesonderte Niederschrift ausgefertigt.**

Frau Nagel erklärte um 20:20 Uhr die Sitzung als beendet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.11.10

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführerin